

# Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

---

14. Juni 1946

Blatt 870

## 100.000 Liter täglicher Wasserverlust

Das Rohrnetz unserer Wiener Wasserleitungen hat noch immer zahlreiche Schäden. Noch viel grösser ist aber die Zahl der Schäden an den Auslaufstellen in den Wohnungen. Die Kriegsergebnisse haben die Reparatur dieser Schäden verhindert und auch jetzt kann sie nur langsam erfolgen. Das Wasser aber fliesst ständig und rund 100.000 Kubikmeter, das sind 100 Millionen Liter gutes Wiener Hochquellenwasser, fliesst ungenützt in den Kanal, statt in den Wasserbehältern für die trockene Jahreszeit angesammelt zu werden. In den heissen Juli- und Augusttagen werden wir dieses Wasser, das jetzt Tag und Nacht durch unsere Rohre in den Kanal fliesst, sehr vermissen. Die Bevölkerung handelt daher in ihrem eigenen Interesse, wenn sie jetzt jeden Wasserverlust verhindert, indem sie die schadhaften Wasserleitungen und Klosette reparieren lässt und soweit das nicht gleich geschehen kann, zumindestens während der Nacht den Haupthahn der Wasserleitung absperrt. Durch solche vorbeugende Massnahmen des Einzelnen werden die für den Sommer drohenden drastischen Einschränkungen der Gesamtheit überflüssig.

## 600 Bezirksräte im Rathaus

Heute vormittags versammelten sich im grossen Festsaal des Wiener Rathauses rund 600 provisorische Bezirksräte, deren Ernennung vor kurzem auf Grund der Vorschläge der drei politischen Parteien erfolgt ist. Die Wiener Stadtverfassung sieht die Wahl von Bezirksvertretungen für alle Wiener Bezirke vor. Da am 25. November 1945 nur Wahlen zum Nationalrat und zu den Landtagen stattgefunden haben und die Wahl der Bezirksvertretungen separat nicht gut möglich ist, hat die Wiener Gemeindeverwaltung auf Grund einer Parteienvereinbarung zu dem Ausweg gegriffen, Bezirksräte provisorisch einzusetzen. Die Verteilung der Mandate erfolgte

nach dem Properz auf Grund der Wahlergebnisse vom 25. November 1945.

Die Angelobung der neuen Bezirksräte wurde heute vormittags von Bürgermeister Körner durch Handschlag vorgenommen. Der Bürgermeister hielt dabei eine Ansprache, in der er feststellte, dass die Einsetzung der Bezirksräte einem demokratischen Bedamfnis unserer Verwaltung entspringe, weil es unmöglich ist, eine so grosse Stadt allein von einer zentralen Stelle aus zu verwalten und zu überblicken. Die Bezirksräte haben die Aufgabe, überall in ihrem Bereiche nach dem Rechten zu sehen, Misstände festzustellen und unter Umständen im eigenen Wirkungskreis zu beheben, Anregungen für ihre Abstellung zu geben und die Anregungen der Zentrale aufzunehmen. Ihre Aufgabe wird es auch sein, den Willen der Verwaltung im Bezirk durchzusetzen. Bis 1934 haben die Bezirksvertretungen den ihnen gestellten Aufgaben entsprochen. Später wurde diese Institution, wie alle demokratischen Einrichtungen, bescitigt. Jetzt soll sie wieder, wenn auch nur als provisorisch ernannt, in Wirksamkeit treten.

Der Bürgermeister verwies sodann auf das System der Konzentration und der Zusammenarbeit der drei politischen Parteien, die sich auch auf den Bezirk erstrecken müsse. An Hand von praktischen Beispielen erläuterte der Bürgarmeister den Wirkungskreis der provisorischen Bezirksräte als einen wichtigen Zweig der demokratischen Selbstverwaltung.

Die Einsetzung der Bezirksräte einem demokratischen Bedamfnis unserer Verwaltung entspringt, weil es unmöglich ist, eine so grosse Stadt allein von einer zentralen Stelle aus zu verwalten und zu überblicken. Die Bezirksräte haben die Aufgabe, überall in ihrem Bereiche nach dem Rechten zu sehen, Misstände festzustellen und unter Umständen im eigenen Wirkungskreis zu beheben, Anregungen für ihre Abstellung zu geben und die Anregungen der Zentrale aufzunehmen. Ihre Aufgabe wird es auch sein, den Willen der Verwaltung im Bezirk durchzusetzen. Bis 1934 haben die Bezirksvertretungen den ihnen gestellten Aufgaben entsprochen. Später wurde diese Institution, wie alle demokratischen Einrichtungen, bescitigt. Jetzt soll sie wieder, wenn auch nur als provisorisch ernannt, in Wirksamkeit treten.

Der Bürgermeister verwies sodann auf das System der Konzentration und der Zusammenarbeit der drei politischen Parteien, die sich auch auf den Bezirk erstrecken müsse. An Hand von praktischen Beispielen erläuterte der Bürgermeister den Wirkungskreis der provisorischen Bezirksräte als einen wichtigen Zweig der demokratischen Selbstverwaltung.

Schwedische Trockenmilchausgabe  
=====

Für die 3 - 6 jährigen Kinder der Bezirke I., IV., V., VIII., XII. und XVI., die an der Ausspeisung teilgenommen haben, erfolgt nur Montag, den 17. Juni 1946 von 8 - 15 Uhr die Ausgabe von Trockenmilch. Die neuen Verteilungsstellen sind bei der ursprünglichen Ausspeisestelle bekanntgemacht.

Die Budgetberatungen im Rathaus.  
=====

Der Wiener Gemeinderat setzte heute um 1 Uhr mittags unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Körner die Beratung des Voranschlages für 1946 fort. Zur Verhandlung gelangte zuerst die Verwaltungsgruppe VIII Wohnungswesen.

Zu Beginn seiner Rede sprach amtsführender Stadtrat Albrecht von dem Wohnungselend unserer Tage, das unverhältnismässig grösseres ist, als das nach dem ersten Weltkrieg. Menschen wohnen in Häusern, die bereits baucodizeilich gesperrt sind. Wir haben aber auch noch die Befreiungsarmeen als Gäste unter uns, deren Wünschen man nicht immer gerecht werden kann. Insgesamt sind von den Besatzungstruppen 166 Villen, 6925 Wohnungen und 1479 Unterkünfte belegt. Bei dem Grade der Zerstörungen in unserer Stadt wird auch diese Beanspruchung des Wohnungsmarktes als sehr drückend empfunden. Besonders schwer ist es, für diese Wohnungen auch die verlangte Einrichtung zur Verfügung zu stellen.

Es wird davon gesprochen, dass das Wohnungselend nicht so gross sein kann, weil die Bevölkerung unserer Stadt sehr abgenommen hat. Dazu wäre zu bedenken, dass viele Wiener noch nicht zurückgekommen sind. Die Zahl der durch Todesfall der Inhaber frei werdenden Wohnungen ist äusserst gering und beträgt im Verlaufe einer Woche höchstens 25 bis 28 Wohnungen. Unterbelegte Wohnungen sind nur dann anforderbar, wenn sie einen gemeinsamen Vorkaum haben. Es wird daher alles unternommen werden, um Wohnungen, wo dies nicht zutrifft, zu teilen.

Was die Nazi betreffe, so gebe es ein Gesetz, wonach diese zum Wohnungstausch gezwungen werden können. In allen jenen Fällen, wo rassistisch Verfolgte aus ihren Wohnungen geworfen wurden, wird getrachtet werden, diesen zu ihrem Recht zu verhelfen oder sie zumindest

schadlos zu halten. Den Nazis in den Gemeindehäusern wird eine letzte Frist von 14 Tagen eingeräumt werden, während welcher sie sich einen Tauschpartner suchen können, um freiwillig ihre Gemeindewohnung zu verlassen. Sollten sie von diesem Anerbieten keinen Gebrauch machen wollen, dann werden sie von amtswegen in Ersatzwohnungen eingewiesen.

Die bisher erteilten provisorischen Wohnungseinweisungen sind für die Wohnungsinhaber bindend und ein Antrag auf Aufhebung ist an die Zustimmung der Magistratsabteilung 51 gebunden. Dies gilt auch für alle vorläufigen Einweisungen mit oder ohne Möbelbenützung und auch für Einweisungen durch die Ortsbehörden. Alle diese Einweisungen sind durch eine paritätische Kommission überprüft worden, als deren Ergebnis 6.000 Ausmietungen beantragt wurden. Der wilden Wohnungsbesetzung ist damit gesteuert worden. In allen Fällen, wo gesetzlich festgestellt wird, dass der bisherige Wohnungsinhaber Nationalsozialist war, wird dem neuen Besitzer die Wohnung auf alle Fälle zugesprochen werden. Alle Inhaber solcher provisorischen Einweisungen mögen beruhigt sein und sich bis zum Erlass einer generellen Verfügung gedulden, die nach Beschluss des Nazi-gesetzes erfolgen wird.

Um die Wünsche der Alliierten zu befriedigen, mussten vielfach Möbel aus den Wohnungen genommen werden. Dieser Verlust an Möbeln wird als kriegsbedingt betrachtet werden müssen und die Geschädigten werden, sofern sie rechtmässige Besitzer dieser Möbel waren, eine volle Entschädigung bekommen.

Da es viele Geschäftsleute und Handwerker gibt, die ihre Lokale verloren haben und solche dringend benötigen, sollen jene Lokale, deren Inhaber es bisher unterlassen haben, diese zu eröffnen, von den Gewerbebehörden überprüft werden. Diese sollten das Recht bekommen, solche Gewerbeberechtigungen zu entziehen und gleichzeitig mit der Neuvergebung der Gewerbescheine die Vergabung der nun frei gewordenen Lokale vorzunehmen. Der Redner verlangte eine entsprechende Novellierung der Gewerbe-gesetze. Hausbesitzer und Hausverwalter werden aufmerksam gemacht, dass alle Fälle von Wohnungsraumverheimlichungen unnachsichtlich geahndet werden. (Beifall)

Stadtrat Albrecht wies darauf hin, dass es in dieser Notzeit nicht möglich ist, jedem die Wohnung zur Verfügung zu stellen, die er gerne haben möchte. Er gab der Ansicht Ausdruck, dass eine Bewirtschaftung der Wohnungen auch späterhin nicht wird entbehrt werden können. Weiterhin unterstrich er die Notwendigkeit, dass in erster Linie Instandsetzungen von Wohnungen vorgenommen werden sollen, da mit Neubauten im heurigen Jahr nicht mehr zu rechnen ist. Der Redner kündigte weiterhin an, dass die durch Handelsgeschäfte oder durch politische Parteien und Vereine zweckentfremdeten Wohnungen bald wieder dem Wohnungsmarkte zur Verfügung gestellt werden. (Beifall des Hauses).

Der Besuch vieler fragwürdiger Elemente in den Räumen des Wohnungsamtes und die Belästigung der Beamten des Wohnungsamtes durch Vertreter von Anwaltskanzleien hat es notwendig gemacht, dass der Parteienverkehr im Wohnungsamt weitgehendst eingeschränkt wurde. Der Redner verlangte zum Schluss, dass der Entwicklung des Siedlungs- und Kleingartenwesens volles Verständnis entgegengebracht werde. (Beifall des ganzen Hauses).

Als erster Redner in der Debatte sprach GR. Johann Swoboda. (SPÖ). Er gedachte des stolzen Wohnbauprogramms der Gemeinde Wien nach dem ersten Weltkriege. Dieses Wohnbauprogramm ist aber durch den schrecklichsten aller Kriege vollkommen zerstört worden, sodass Wien heute wieder vor einem schweren Problem auf dem Gebiete des Wohnungswesens steht.

Hier taucht aber als wichtigstes Problem das der Wiederbeschaffung des zerstörten Hausrates auf. Es wurden von der Regierung bereits zwei Vorschläge eingebracht, die aber leider nur dem Interessentenkreis der Hausbesitzer Rechnung tragen.

Der Finanzminister hat einen neuen Entwurf vorgelegt, der diskutabler ist. Es soll durch Solidarhaftung der Hausbesitzer ein Fonds zur Finanzierung der Wiederinstandsetzung der zerstörten Wohnungen und Wohnhäuser geschaffen werden. Durch eine Steuer würden jährlich 127 Millionen Schilling aufzubringen sein und diesem Fonds aufließen.

Für die Wiederbeschaffung des Hausrates sei eine Solidarhaftung der Mieter vorgesehen. Es sollen aber nicht Geldbeträge zur Verfügung gestellt werden, sondern ein Ersatz in natura erfolgen. Den Mietern werden Einkaufsscheine ausgehändigt, mit denen sie dann Einrichtungsgegenstände kaufen können. Die Gemeinde Wien

hat auch schon eine Möbelaktion eingeleitet, durch die der Kauf erfolgen kann.

Die Hausbesitzer sollten - da das Gebäude, in dem die Grundbücher aufbewahrt wurden, zur grössten Teil zerstört ist - der Gemeinde Wien jenes Material zur Verfügung stellen, damit sie ihre verbrannten Unterlagen wieder rekonstruieren könnte. Die Schlichtungsstelle der Gemeinde Wien sollte in der für Mietstreitigkeiten angesetztten Frist von 3 Wochen Vorentscheidung treffen. Ferner sollten Vorbereitungen getroffen werden, um bald in ganz Wien Mietkommissionen zu errichten und die dazu nötigen Beisitzer zu ernennen.

GR. Schwaiger (ÖVP) betonte die Dringlichkeit des Wohnungsproblems. Den Schwierigkeiten auf diesem Gebiete müssten wir aber selber Herr werden, denn wir könnten die Alliierten nur bitten uns zu helfen, aber sie nicht verpflichten unsere Wohnungen aufzubauen.

Der Redner verlangt in einem Antrag, der Bürgermeister möge von den Alliierten verlangen, von weiteren Wohnungsbeschlagnahmen Abstand zu nehmen und soweit als möglich schon durchgeführte Beschlagnahmen rückgängig zu machen (Beifall)

Bei der Vergebung von Wohnungen soll nur die Bedürftigkeit und kein anderes Argument ausschlaggebend sein. (Beifall).

GR. Maller (KPÖ) richtete einen Appell an die Mieter, der Österreichischen Mietervereinigung beizutreten, denn nur dort finden sie die Möglichkeit, dass tatsächlich ihre Interessen gewahrt bleiben.

Er forderte dann, dass die Funktionäre der Mietervereinigung und die Hausvertrauensleute in grösserer Masse dazu verhalten werden, unterbelegte Wohnungen dem Wohnungsamt zu melden, und jene, deren Mieter fast immer abwesend sind. Auch sollten die Ansuchen der aus der Kriegsgefangenschaft Heimkehrenden beschleunigt erledigt werden.

GR. Maller stellte einen Abänderungsantrag, der die Erhöhung des für die Kleingartenförderung eingesetzten Betrages von 25.000 auf 60.000 Schilling, des für die Siedlerbewegung vorgesehenen Betrages von 30.000 auf 90.000 Schilling, und des für die Kleintierzucht veranschlagten Betrages von 100.000 auf 150.000 Schilling vorsieht.

In einem zweiten Antrag verlangte GR. Maller die Umwandlung der provisorischen Einweisungen in definitive.

Gemeinderat Fürstenhofer (SPÖ) sprach zur Frage des Kleingartenwesens. Er ersuchte den amtsführenden Stadtrat alles daranzusetzen, damit das Kleingartengesetz, das noch beim Bundesministerium für soziale Verwaltung liegt, bald wirksam werde, damit sich die Siedler mit Fug und Recht auf ihrem Grund bewegen können.

Derzeit wurde alles brachliegende Land der Ernteländaktion zugewiesen, es sind 11,700.000 m<sup>2</sup> in Wien auf diese Weise bebaut worden. Heuer wurden 400.000 kg Kartoffeln und 1,500.000 Pflänzchen an die Ernteländler zur Verteilung gebracht. Der Herr Stadtrat sollte auch Schritte unternehmen, damit die Selbstverwaltung der Schrebergärten und Kleingartenanlagen bald ermöglicht wird.

Wien soll in der Kleingartenbewegung wieder führend werden. (Beifall.)

Gemeinderat Küblböck (ÖVP) zeigte den Leidensweg eines Wohnungsworbers auf und betonte, daß diesen meistens die Frauen gehen müßten, weil der berufstätige Mann nicht die Zeit dazu hat. Für die Heimkehrer forderte er, daß ihre zu Unrecht besetzten Wohnungen sofort zu räumen seien.

Er verlangte dann eine bessere Dotierung der Außenstellen des Wohnungsamtes mit Erhebungsbeamten, den Ersatz des unzulänglichen Wohnungsanforderungsgesetzes durch ein entsprechendes Wohnungsgesetz, eine bessere Erfassung der freien Wohnungen und unbedingte Vermeidung des Terminverlustes. Der Wohnungssenat soll aus je einem Vertreter der drei politischen Parteien zusammengesetzt sein und die Zuweisung einer Wohnung soll nur durch einstimmigen Beschluß möglich sein. (Beifall)

Gemeinderätin Hedwig Lehnert (SPÖ) lenkte das Augenmerk auf jene Siedlungsgenossenschaften, wo der Einfluß der Siedler noch immer ausgeschaltet ist. Die Rednerin verlangte, daß in diesen demokratischen Genossenschaften auch wieder eine demokratische Verwaltung einziehe. (Beifall)

Gemeinderat Hain (ÖVP) verlangte die rascheste Behebung der Dachschäden in den Gemeindehäusern. Die seinerzeit aus Luftschutzgründen gemachten Kellerdurchbrüche müßten ehebaldest beseitigt werden, weil sie eine Gefährdung der Sicherheit der Hausbewohner darstellen. Viele Kellereinbrüche sind

ihre Folge. Der Redner sprach sich dagegen aus, dass in den Wäscherien der Gemeindehäuser für zusätzliche Waschstunden sogenannte "Waschkarten" zu einem verhältnismässig hohen Preis verkauft werden. Er verlangte weiters die Überprüfung aller im Vorjahr durchgeführten Wohnungseinweisungen auf ihre unbedingte Notwendigkeit. (Beifall) Am Schluss seiner Rede sprach sich GR. Hain dagegen aus, dass in vielen Fällen Schutt an Stellen neu abgelagert wird, die von den Hausgemeinschaften bereits einmal gesäubert wurden.

GR. Gross (SPÖ) erwähnte den Übelstand, dass freiwerdende Geschäftslokale oft schon wieder vergeben sind, bevor die Innung noch davon erfährt, dass ihre Räumung beabsichtigt ist. Auf diese Art wäre es jenen Gewerbetreibenden, die durch den Hitlerkrieg ruiniert wurden, niemals möglich, zu einem neuen Geschäftslokal oder zu einer Werkstatt zu kommen. Er beantragte, dass im ganzen Stadtgebiet eine Aufnahme der Geschäftslokale, Werkstätten und Lagerräume vorgenommen wird und verlangte eine Gesetzesnovellierung, die es ermöglicht, die noch immer geschlossen gehaltenen Lokale zu erfassen. (Beifall).

GR. Eromas (ÖVP) erwiderte auf die Ausführungen des GR. Gross (SPÖ). Er sagte, die Innungen seien sehr bemüht, den Handeltreibenden nach jeder Richtung hin zu helfen. Wenn bekannt ist, dass ein Geschäftslokal leer steht oder einem illegalen Nazi gehört, wird getrachtet, dass dieses Lokal einem ausgebombten Gewerbetreibenden zugewiesen wird.

GR. Weber (SPÖ) sprach über die Stadtrandsiedlungen. Es sollte endlich ein Baurechtsvertrag geschaffen werden, damit die Siedler die Sicherheit erhalten, nicht mehr von ihrer Scholle vertrieben zu werden. Der Redner berichtete dann über die schlechten Strassenverhältnisse und dass die Stadtrandsiedlungen kein Gas und keine Beleuchtung hätten. Auch seien keine geeigneten Feuerlöschanlagen vorhanden, was bei den Holzusern grosse Gefahr bedeute. Es sollte hier raschestens Abhilfe geschaffen werden. (Beifall).

GR. Lifka (ÖVP) regte an, auf Grund einer Parteienvereinbarung die von den Parteien verwendeten Lokale zu überprüfen. Er verwies dann darauf, dass gerade die Kleingärten von den Kampfhandlungen besonders schwer in Mitleidenschaft gezogen wurden. Mit der Ablöse von Nazigärten sollte die Gemeindeverwaltung die Budgetpost für Kleingärten erhöhen, damit den Arbeitern und Angestellten geholfen werden kann. (Beifall). Auch sollte getrachtet werden, dass die Kleingärtner nach einer bestimmten Zeit Eigentümer ihres Grundstückes werden. (Beifall).

Stadtrat Albrecht ging in seinem Schlusswort kurz auf die vorgebrachten Anregungen und Forderungen ein: Das Wohnungsamt ist dankbar, wenn es auf leerstehende Wohnungen aufmerksam gemacht wird und wird jeden einzelnen solchen Fall genauestens überprüfen. Die beschleunigte Zuweisung von Wohnungen an Heimkehrer wird durch die Erledigung in den Bezirksaussenstellen äusserst gefördert.

Es ist ganz überflüssig, das Wohnungsgesuch zu wiederholen, es genüge, einmal ein Wohnungswerberblatt auszufüllen. Häufiges Nachfragen und Anstellen beim Amt sei vollkommen überflüssig und trage zur Beschleunigung der Erledigung des Ansuchens gar nichts bei. Die Bevölkerung sollte endlich Vertrauen zum Wohnungsamt haben, alle Anträge werden einer Erledigung zugeführt.

Terminverluste entstehen durch die in Wien bestehende Zensurstelle. Der Redner verlangte aber, dass die Häuserverwalter diesen Umstand nicht ausnützen, sondern die Wohnungen über die sie durch Terminverlust selbst verfügen können, nur an wirklich Bedürftige vergeben sollten. Die Freimachung von besetzten Wohnungen erfolgt ausschliesslich durch die magistratischen Bezirksämter.

Die Ansätze der Verwaltungsgruppe VIII wurden einstimmig angenommen.

Die eingebrachten Anträge wurden teils angenommen, teils der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Statrat Flödl (ÖVP) leitete die Verhandlungen über den Voranschlag der Verwaltungsgruppe IX, Wirtschaftsangelegenheiten, ein. Er führte unter anderem aus:

Nach Beendigung der Kriegshandlungen konnten anfänglich nur jene Maßnahmen getroffen werden, die im dringendsten öffentlichen Interesse gelegen waren. Dazu gehörte in erster Linie die Versorgung der lebenswichtigen Betriebe.

Solange noch der Mangel an Waren herrscht, muß an der öffentlichen Verbrauchsregelung festgehalten werden, um Mißbräuche und Auswüchse beim Erwerb auf das erdenklichste Mindestmaß herabzusetzen. Eine der wichtigsten Sorgen der Stadtverwaltung war und ist die Versorgung der Wirtschaft und der Bevölkerung mit Brennstoffen. Mit unendlichen Schwierigkeiten gelang es im vergangenen Winter mit Hilfe der alliierten Mächte rund 460.000 Tonnen Kohle und Koks hereinzubringen. Im Jahre 1937 hat der Wiener Verbrauch rund 2,600.000 Tonnen betragen. Die Menge, die im vergangenen Jahr zur Verfügung stand, war das wirtschaftliche Lebensminimum an Kohle und Koks. Um aus ~~Wien~~ wieder einen gütererzeugenden Wirtschaftskörper machen zu können, braucht es eine Mindestmenge von 1,330.000 Tonnen.

Die für Haushalte vorgesehenen 350.000 Tonnen sind so ~~er-~~ stellt, daß bei den zur Zeit in Wien vorhandenen rund 650.000 Haushalten durchschnittlich 500 kg Kohle oder Koks pro Haushalt vorgesehen sind, was ungefähr der Hälfte des Friedensbedarfes entspricht. Es ist zu hoffen, daß die rechtzeitige Bevorratung der Wiener Haushalte für die kommende Winterperiode ermöglicht wird.

Als im vergangenen Herbst die Kälte hereinbrach, wurde mit Hilfe der alliierten Militärregierungen eine Brennholzaktion eingeleitet, durch die bisher 221884 Raummeter Brennholz zur Ausgabe gelangen konnten. Für die Holzperiode 1946/47 hat die staatliche Holzwirtschaftsstelle eine Auflage von 165.000 Raummeter Brennholz für Wien vorgesehen, die sich vorwiegend auf die Bundesländer Burgenland, Oberösterreich und Steiermark verteilen soll. Niederösterreich soll mit Rücksicht auf die starke Inanspruchnahme im vergangenen Jahre von der Erteilung einer Auflage befreit bleiben. Wenn die zugesagten Holz Mengen tatsächlich hereingebracht werden können, so wird es möglich

sein außer der Zuteilung des erforderlichen Brennholzes für Bäckereien, Sulchereien u. dergl. ungefähr 25 kg Unterzündholz an jeden Wiener Haushalt abzugeben.

Auf dem Gebiete der Textilien beschränkte sich die Bedarfsdeckung zunächst auf die alten Vorräte. Die Textilindustrie beginnt wohl bereits zu arbeiten, doch zum größten Teil im Auftrage der Besatzungsbehörden, die das erforderliche Rohmaterial beistellen. Dem allgemeinen Handel wurden bisher keine namhaften Mengen, die den Bedarf annähernd decken könnten, zur Verfügung gestellt.

Durch die Hilfe der amerikanischen Militärregierung war es möglich, zunächst in der amerikanischen Zone Wiens an die Bedürftigsten Kleidungsstücke und Decken abzugeben. Diese Ausgabe wurde dann auf andere Zonen ausgedehnt. Auch für Heimkehrer und verschleppte Personen konnte eine größere Menge von amerikanischen Militärkleidungsstücken zur Verfügung gestellt werden. In der nächsten Zeit ist auch mit UNRRA-Lieferungen zu rechnen.

In der Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Schuhen befinden wir uns in einer katastrophalen Lage. Es beginnt wohl die Schuhindustrie anzulaufen, doch sind die auf den Markt gebrachten Mengen ganz unzulänglich. Dankbar muß auch hier der Hilfe der amerikanischen Militärregierung gedacht werden, die aus militärischen Beständen gebrauchtes und neues Schuhwerk zur Verfügung stellte. Dank der fortschreitenden Ledererzeugung wird in absehbarer Zeit sowohl die Vornahme von Schuhreparaturen, als auch die Erzeugung orthopädischer Maßschuhe wieder möglich sein. Aus der Alliiertenhilfe Amerika konnten Filzschuhe und Filzstiefel an Betriebe abgegeben werden, deren Arbeiter und Angestellte einen besonderen Kälteschutz notwendig haben.

Auf Grund von Abmachungen mit den alliierten Militärregierungen werden Dieselöl, Benzin, Petroleum und Heizöl von der russischen Militärregierung aus Zistersdorf geliefert.

Der Konsum an Heizöl wird in der nächsten Zeit noch zunehmen, da der Einbau entsprechender Brenner in Heizanlagen diese Heizmöglichkeit erweitert.

Durch die Kriegereignisse ist die Anzahl der Fahrräder in Wien um rund 180.000 Stück gesunken. Die bisherigen Zu-

weisungen für Wien sind gänzlich unzureichend, doch wurde Wien ein Fünftel der Gesamterzeugung zugesichert. Außerdem wurde eine einmalige Zuweisung von 600 Fahrrädern für die allerdringendsten Fälle erreicht.

Das Hauptwirtschaftsamt regelt den Bezug von Fahrrad bereifungen, während die Bereifungen für Kraftwagen dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau vorbehalten bleiben. Auch hier übersteigt der Bedarf weitaus die vorhandenen Mengen.

Dank der sofortigen Beschlagnahme aller noch in Wien lagernden Restbestände an Seifen und Waschmittel, sowie für den menschlichen Genuß unbrauchbarer Fettstoffe gelang es, der Bevölkerung regelmäßig Seife und Waschmittel zuteilen zu können. Eine große Hilfe wurde der Stadt Wien auch hier wieder durch Seifenlieferungen der alliierten Militärmächte geboten.

Mangels des erforderlichen Fettstoffes beginnt die Seifenversorgung nunmehr kritisch zu werden, wenn nicht die bei der UNRRA angeforderten Rohstoffmengen ehestens einlangen. An Waschmittel hat sich die Situation seit den Anlieferungen von Soda aus den Salinen in Ebensee gebessert.

Bei Möbel kann der Bedarf durch Ausfall der Großindustrie nur teilweise gedeckt werden. Aus den handwerksmäßigen Betrieben gelangen naturgemäß nur geringe Quantitäten zum Verkauf, wobei in erster Linie Ausgeplünderte, Ausgebrannte oder politisch Verfolgte, sowie Bombengeschädigte und neugegründete Haushalte bedacht werden.

Dem notwendigsten Bedarf an Öfen und Herden konnte entsprochen werden.

Das Hauptwirtschaftsamt, das bisher vorwiegend den Verbrauch regelte, wird in Zukunft auch bei der Planung und Lenkung der Erzeugung mitwirken.

Die Stadt Wien mit ihren vielen Ämtern, Wohlfahrtseinrichtungen, Betrieben, Schulen und Wohnhäusern, benötigt aber auch für den eigenen Haushalt fortlaufend und in größten Mengen Waren aller Art. Die Stadt Wien ist nach dem Bund und den Staatsbahnen der größte Verbraucher in Österreich. Die zentrale Bewirtschaftung brachte der Gemeinde bedeutende Ersparnisse. Durch den zentralen Einkauf ist eine Verbrauchskontrolle der einzelnen Dienststellen möglich. Die Stadtverwaltung ist stets bestrebt, bei der Vergabung von Aufträgen Gewerbe,

Industrie und Handel nach Möglichkeit gleichmäßig zu berücksichtigen.

Die Budgetziffern für das Beschaffungsamt und die Bäckerei enthalten nur voraussichtliche Aufwandziffern für diese selbst. Außer diesen Aufwänden sind rund 20 Millionen Schilling in der fortlaufenden Verrechnung für die Anschaffung von Lagerwaren, Rohwaren und Halbwaren vorgesehen. Die Bedeckung ist in den Ansätzen der einzelnen Betriebe und Dienststellen der Hochsitzverwaltung selbst aufgenommen.

Schwere Sorgen macht die Beschaffung der Lebensmittel für die Versorgung der rund 18.000 Pfléglinge in den städtischen Anstalten. Die städtische Bäckerei versorgt mit ihrer Tagesleistung von 3000 kg rund zwei Drittel aller städtischen Anstalten mit Brot und Gebäck.

Da von der Stadt Wien derzeit keine Liegenschaften verkauft werden und auch die Erwerbung von Grundstücken durch die Stadt Wien nur in Ausnahmefällen möglich ist, beschränkt sich die Tätigkeit im Grundverkehr auf die Abwicklung der bereits anhängigen Transaktionen und auf die Vorbereitung für die zu erwartende gesetzliche Regelung über bestimmte Grundübertragungen und Erwerbungen seit März 1938.

Der Stand der Mieter, Pächter und Benützer von städtischen Grundstücken und Realitäten beträgt gegenwärtig ca. 15.000.

Im letzten Jahre ergab sich ein starker Wechsel in Pachtverhältnissen, da zahlreiche Pächter geflüchtet sind und ihre Gründe daher unbearbeitet oder ungenutzt blieben, oder weil bei Pächtern, die unter das Verbotsgesetz fallen, die Auflösung durchzuführen war.

Durch die Kriegsereignisse sind auch sehr viele Grundstücke der Stadt Wien beschädigt worden.

In Groß-Wien befinden sich insgesamt 420 städtische Volks- und Hauptschulgebäude. Zu Kriegsende waren 174 Schulgebäude beschädigt, fast alle übrigen waren leicht beschädigt. In den nur einigermaßen benützbaren Schulgebäuden wurde der Unterricht sehr bald nach Beendigung der Kampfhandlungen vielfach als Wechselunterricht wieder aufgenommen. Der schlechte Bauzustand vieler Schulgebäude und die Notwendigkeit, mit den sehr beschränkt zur Verfügung stehenden Brennstoffen das Auslangen

zu finden, zwangen dazu, die Schulen im Winter in 121 Schulgebäuden zusammenzuziehen.

In den Randgebieten war infolge der räumlichen Entfernung eine solche Zusammenlegung nicht möglich, doch wurde in den meisten Schulhäusern dieser Gebiete der Unterricht auch über den Winter aufrechterhalten. Derzeit sind in ganz Wien 268 Volks- und Hauptschulgebäude für Unterrichtszwecke in Benutzung.

Zu Beginn des Schuljahres 1945/46 betrug die Zahl der Schüler an den Wiener Volksschulen 54.562, an den Hauptschulen 20.707 und in den Hilfs- und Sonderschulen 2891. Infolge der hohen Geburtenziffern in den Jahren 1939/40 ist mit einem starken Ansteigen der Schülerzahl im kommenden Schuljahr zu rechnen. Auch die allmähliche Rückkehr vieler landverschickter Kinder nach Wien bringt eine weitere Steigerung der Schülerzahl mit sich.

Eine größere Anzahl von Schulgebäuden steht derzeit leider für Unterrichtszwecke noch nicht zur Verfügung. 23 Schulen sind noch von alliierten Truppen besetzt, 10 Schulen dienen als Flüchtlingslager und 12 andere Objekte als Spitäler, Ausweichstellen für ausgebombte Ämter u. dergl.

Das Pädagogische Institut der Stadt Wien wurde im November v.J. wieder eröffnet. Bei Aufstellung des Studienplanes wurde auf die dringend notwendige Umschulung der jungen Lehrerschaft Bedacht genommen.

Es bestehen gegenwärtig 32 Fortbildungsschulen mit 20.177 Schülern, 3 Handelsakademien mit 1823 Schülern, 8 kaufmännische Wirtschaftsschulen mit 1608 Schülern, 4 gewerbliche und hauswirtschaftliche Berufsfachschulen mit 317 Schülern und 3 Hauswirtschaftsschulen mit einem Schülerstand von 634 Schülerinnen. Diese Schulen waren in 21 Gebäuden untergebracht, von denen eines total zerstört und vier schwer beschädigt sind. Die Einrichtung der meisten Schulgebäude ist zum Teil vernichtet, <sup>n</sup>entwädet oder schwer beschädigt. Besonders trist sieht es im Zentralfortbildungsschulgebäude Mollardgasse aus. Das Objekt hat acht Bombentreffer bekommen. Durch diese Einschläge ist über ein Drittel des Gebäudes zerstört und mindestens die Hälfte der zur Verfügung gestandenen Räume und Anlagen ausgefallen.

Der Lehrwerkstättenunterricht, der bis zum Jahre 1938 rund 50 % des gesamten Unterrichtes an den Fortbildungsschulen betrug, wurde nach dem März 1938 zur Gänze eingestellt, die Maschinen größtenteils abmontiert und der Industrie verkauft. Alle diese fehlenden Maschinen sind jedoch für den spezialisierten Unterricht an den Fortbildungsschulen unbedingt notwendig und müssen daher neu angeschafft werden.

Im Herbst ist ein sprunghaftes Anwachsen der Schülerzahl zu erwarten. Die im Budget zur Verfügung gestellten Mittel reichen bei weitem nicht aus, um nur den notwendigsten Teil der Wiederherstellungsarbeiten und der Anschaffung für die Schulen zu decken. Bei den jetzigen Beschaffungsschwierigkeiten werden sie jedoch ausreichen.

Der Redner gab schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß allmählich eine, wenn auch nur langsame Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse eintreten wird. Nach und nach werden immer mehr Industrie- und Gewerbebetriebe wieder arbeiten können, durch Bereitstellung von Rohstoffen seitens der UNRRA, durch Abschluß von Handelsverträgen und vor allem durch die endliche Aufhebung der Demarkationslinien. (Beifall)

GR. Lötsch (SPÖ) erklärte, dass durch die neue Grenzfestlegung Wiens der Ausbreitungsmöglichkeit unserer Stadt enge Grenzen gezogen wurden. Doch brauche Wien Raum für seine Siedlungen. Er stellte fest, dass die Vertreter Niederösterreichs nach dem ersten Weltkrieg anders über die Grenzziehungsfrage gedacht hätten und die Auffassung vertraten, dass Wien eine sterbende Stadt, ja ein Wasserkopf wäre. Wien ist aber nicht gestorben, weil Wien ein tüchtiges Volk hat. Die 54 abgetrennten Gemeinden wünschen die Durchführung einer Volksbefragung.

Die Gemeinde Wien muss, so weit es ihr möglich ist, Gründe ankaufen. Es muss ein brauchbares Enteignungsgesetz geschaffen werden, damit Grund und Boden verstadtlicht werden können und dem künftigen Ausbau unserer Stadt keine Grenzen gesetzt sind. Vielfach hat die Gemeinde Wien Gründe gekauft und sie zur weiteren Ausnützung verpachtet. Nach Auffassung des Redners wären alle diese Pachtverträge zu kontrollieren, weil es eine Anzahl Pächter gibt, die diese Gründe nicht selber bearbeiten, sondern diese zum Zwecke der Schaffung eines arbeitslosen Einkommens, zu erhöhten Gebühren weiter verpachtet haben. Solche Pachtverträge müssten so bald als möglich gelöst und die Gründe würdigeren Pächtern zugewiesen werden. Bei Verpachtungen sollen aber in erster Linie die Bezirksvertretungen befragt werden. Am Schlusse seiner Rede verlangte GR. Lötsch die Überprüfung aller Grundstückschenkungen der Nazizeit und deren Rückgängigmachung in geeigneter Form.

GR. Resnick (ÖVP) betonte, dass man nicht nur den Pflichtschulen sondern vor allem den Fortbildungsschulen besondere Aufmerksamkeit zuwenden sollte. Diese bilden ja die Facharbeiter heran, die wir zum Wiederaufbau so dringend benötigen.

Der Privatinitiative der Beamten, Arbeiter und Angestellten ist es zu danken, dass die Zentralfortbildungsschule wieder in standgesetzt und dass auch die Gärtnerfachschule, die durch 20 Bombentrichter verwüstet wurde, in vielen Teilen wiederhergestellt ist. Die Schule nimmt bereits an der Aktion der Heranziehung von Gemüsepflänzchen für die Erntelandaktion teil. Im Schulbauhof fanden schon kurz nach der Befreiung dank der raschen Beseitigung der Schäden, Kurse des Landesarbeitsamtes statt.

Der Redner sprach dann noch über die furchtbaren Zerstörungen des Praters und begrüßte die Gründung der Praterbetriebsgesellschaft, die es verhindern wird, dass beim Wiederaufbau des Praters

kapitalistische Interessen ausschlaggebend sein werden. Zwar habe es den Anschein, als ob die Erbauung des Praters nicht das wichtigste sei, man müsse aber bedenken, daß der Prater der Gemeindeverwaltung 1 Million Schilling allein an Vergütungssteuer eingebracht hätte. Der Redner führte an, daß die Regelung des Pachtschillings noch nicht erfolgt sei. Er sollte nicht nach den Einnahmen berechnet, sondern es sollte ein Anerkennungsbeitrag festgesetzt werden. Der Redner schloß mit einem Wort von Stifter: "Wohl uns, daß wir den Prater haben." (Beifall)

Gemeinderat Dr. Stemmer (SPÖ) besprach Fragen des Schulwesens. Groß-Wien hatte früher 411 Schulgebäude, von denen nach Beendigung der Kampfhandlungen nur 46 unbeschädigt waren. Diese Zahl muß man wissen, um zu verstehen, was es bedeutet, wenn zu Schulbeginn wieder 414 Schulen ihren Unterricht aufnehmen konnten. Bei der Wiederinstandsetzung der Schulgebäude war auch eine Privatinitiative am Werk gewesen, die aus der Zusammenarbeit von Lehrern, Schülern und Eltern bestand. Es gab Bezirke, wo die Eltern das Geld aufbrachten, um die schadhafte Dächer zu decken.

Es wird kein Erziehungswerk erfolgreich gedeihen können, ohne Mitwirkung der Eltern. Es müssen daher auch bald wieder die Elternvereinigungen geschaffen werden. Der Redner brachte die Auffassung zum Ausdruck, daß die vorhandenen Schulgebäude weder den pädagogischen noch den architektonischen Bedürfnissen entsprechen. Pädagogen und Architekten möchten sich schon jetzt ins Klare kommen, wie die künftigen Schulen aussehen sollen. Im vergangenen Winter war es notwendig, eine große Anzahl von Schulen wegen des Brennstoffmangels zu sperren. Durch Zusammenlegung von Schulen konnten wohl alle Schüler dem Unterricht beiwohnen, viele mußten jedoch einen weiten Weg zum Schulort zurücklegen. Die Stadtverwaltung müsse sich deshalb schon jetzt um die Brennstoffversorgung der Schulen kümmern. 52 Schulen werden zu Zwecken benötigt, die mit Unterricht nichts zu tun haben. Diese Schulen brauchen wir aber, weil die Schüleranzahl im nächsten Jahre größer sein wird. Wenn der Betrag von 500.000 S für Lehr- und Lernmittel auch nicht besonders hoch ist, so reicht er doch aus, um den sozialen Grundsatz zu verwirklichen, daß jedes Kind unentgeltlich am Unterricht

teilnehmen kann. Dieser soziale Grundsatz sollte sich in allen Schulen bis zu den Hochschulen Bahn brechen.

GR. Dr. Stemmer führte noch aus, dass die Anzahl jener Pflichtschullehrer, die in irgendeiner Form mit dem Nationalsozialismus etwas zu tun haben, nur 18 % und bei den Mittelschullehrern 29 % betrage. Der Prozentsatz der politisch belasteten Lehrer ist somit weit niedriger als allgemein angenommen wird. Die Aufgabe, die Lehrer umzuerziehen, ist trotzdem eine beträchtliche. Der Geist, der in den empfänglichsten Jahren auf sie eingewirkt hat, muss überwunden werden. Dies wird auch Aufgabe des Pädagogischen Instituts der Stadt Wien sein. (Lebhafter Beifall)

Die Verhandlungen wurden um 19'35 Uhr abgebrochen und werden morgen Samstag um 8 Uhr früh fortgesetzt.

14. Juni 1946 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 887  
teilnehmen kann. Dieser soziale Grundsatz sollte sich in allen  
Schulen bis zu den Hochschulen Bahn brechen.  
GR. Dr. Stemmer führte noch aus, dass die Anzahl jener  
Pflichtschullehrer, die in irgendeiner Form mit dem National-  
sozialismus etwas zu tun haben, nur 18 % und bei den Mittelschul-  
lehrern 29 % betrage. Der Prozentsatz der politisch belasteten  
Lehrer ist somit weit niedriger als allgemein angenommen wird.  
Die Aufgabe, die Lehrer umzuerziehen, ist trotzdem eine beträcht-  
liche. Der Geist, der in den empfänglichsten Jahren auf sie ein-  
gewirkt hat, muss überwunden werden. Dies wird auch Aufgabe des  
Pädagogischen Instituts der Stadt Wien sein. (Lebhafter Beifall)  
Die Verhandlungen wurden um 19'35 Uhr abgebrochen und werden  
morgen Samstag um 8 Uhr früh fortgesetzt.